

V6 Mentale Gesundheit und Neurodiversität muss Hauptthema werden! - Laut, für die, die es nicht sein können!

Antragsteller*in: Bendix Grimm (KV Hamburg-Bergedorf)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Außerhalb der Grünen Jugend

- 2 1. Die Stadt Hamburg soll deutlich mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen
3 schaffen, insbesondere für Kinder, Jugendliche, queere Menschen, Menschen
4 mit Behinderungen und mehrfach diskriminierte Personen. Die Wartezeiten
5 auf eine Therapie müssen spürbar verkürzt werden.
- 6 2. Die Zahl der verfügbaren Diagnostikplätze, etwa für ADHS, Autismus, oder
7 Traumafolgestörungen, soll deutlich erhöht werden. Lange Wartezeiten auf
8 eine Diagnostik verschärfen die Belastung und Risiken für Betroffene und
9 verhindern rechtzeitige, lebensnotwendige Hilfe. Besonders betroffen sind
10 einkommensarme Menschen und Personen mit komplexen Symptomlagen.
- 11 3. In Kliniken darf nicht ausschließlich auf Verhaltenstherapie gesetzt
12 werden. Es soll ein breiter Zugang zu unterschiedlichen Therapieformen wie
13 Tiefenpsychologie, analytische Therapie und weiteren Ansätzen in allen
14 Kliniken geschaffen werden. Jede Therapieart muss angepasst an die
15 individuellen Symptomatik der Patient*innen sein.
- 16 4. Es müssen mehr spezialisierte stationäre und teilstationäre Angebote für
17 Menschen mit Traumafolgestörungen wie PTBS, komplexer PTBS sowie anderen
18 schweren Erkrankungen geschaffen werden. Diese Angebote müssen
19 traumasensibel, diskriminierungsfrei und barrierearm gestaltet sein und
20 unterschiedliche Therapieformen einbeziehen.
- 21 5. In jedem Stadtteil sollen barrierearme und diskriminierungsfreie
22 Beratungs- und Hilfsangebote eingerichtet werden. Diese sollen ohne
23 ärztliche Überweisung oder bürokratische Hürden erreichbar sein – z. B. in
24 Jugendzentren, queeren Treffpunkten oder an Schulen.
- 25 6. Psychische Gesundheit muss verpflichtender Bestandteil des Unterrichts
26 werden – inklusiv, diskriminierungssensibel und praxisnah. Lehrkräfte
27 sollen fortgebildet werden, um Warnsignale früh zu erkennen und angemessen
28 reagieren zu können.
- 29 7. Die Stadt soll regelmäßig öffentliche Kampagnen zur Aufklärung über
30 psychische Erkrankungen und Neurodiversität durchführen – mit Fokus auf
31 Sichtbarkeit, Entstigmatisierung, Aufklärung und Akzeptanz.
- 32 8. In Ämtern, besonders im Jobcenter, sollen psychosoziale Fachkräfte
33 eingesetzt werden. Gespräche mit belasteten Menschen müssen sensibel
34 geführt werden, mit Rückzugsoptionen und ohne Zwang.
- 35 9. Die Stadt Hamburg soll das „Hidden Disabilities“-Sonnenblumenband
36 offiziell als Signal für unsichtbare Behinderungen anerkennen und aktiv

- 37 verbreiten. Es soll stadtweit in Behörden, im ÖPNV, Geschäften und im
38 Gesundheitswesen bekannt gemacht und respektiert werden. Ziel ist ein
39 sichtbares Zeichen für stärkere Rücksichtnahme, ohne dass Betroffene sich
40 rechtfertigen müssen.
- 41 10. Die Disability Pride Flag (Version Ann Magill, 2021) soll auf der Webseite
42 der Grünen Jugend Hamburg eingebunden werden mit einer verständlicher
43 Erklärung ihrer Bedeutung. Auch in der öffentlichen Präsenz, bei Demos und
44 Veranstaltungen soll sie aktiv gezeigt werden, um Solidarität mit
45 behinderten Menschen sichtbar zu machen und Ableismus offensiv
46 entgegenzutreten.
- 47 11. An Hochschulen und Ausbildungsstätten, besonders im Bereich der
48 psychischen Gesundheit, müssen diskriminierende Aussagen gegenüber
49 psychisch erkrankten Menschen konsequent unterbunden werden. Es darf nicht
50 mehr passieren, dass Professorinnen oder Dozentinnen Aussagen treffen wie
51 „Behandelt niemals Menschen mit Borderline, die manipulieren euch nur“.
52 Solche Aussagen sind stigmatisierend, verletzend und unvereinbar mit einer
53 wissenschaftlich fundierten und respektvollen Ausbildung. Hochschulen
54 müssen zu diskriminierungsfreien Lernorten werden, durch klare
55 Richtlinien, Fortbildungen und Beschwerdestrukturen.
- 56 12. Das 1. Klasse-Zeichen für den Nah- und Fernverkehr soll auch für Menschen
57 mit psychischen Einschränkungen wie Reizüberflutung, sozialer Angst,
58 Panikstörung oder sensorischen Überforderungen verfügbar sein. Dieses
59 Zeichen darf nicht nur Kriegsgeschädigten vorbehalten bleiben. Es
60 ermöglicht Betroffenen, sich überhaupt mit den Öffentlichen
61 Verkehrsmitteln fortzubewegen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen
62 Leben teilzuhaben.
- 63 13. Die Bewertung von Pflegebedürftigkeit bei psychischen Erkrankungen muss
64 überarbeitet werden. Aktuell liegt der Fokus stark auf körperlichen
65 Einschränkungen, wodurch viele psychisch schwer erkrankte Menschen durchs
66 Raster fallen. Es braucht ein neues Begutachtungssystem, das z. B.
67 chronische Erschöpfung, Panikstörungen, Dissoziation, Reizüberflutung,
68 Suizidalität und Orientierungsprobleme angemessen berücksichtigt. Ziel ist
69 ein gerechter Zugang zu Unterstützung und Entlastung für Betroffene und
70 Angehörige.
- 71 14. Menschen mit psychischen Erkrankungen dürfen bei kurzfristigem
72 Nichterscheinen zu Therapieterminen nicht finanziell belastet werden.
73 Gerade bei akuter Überforderung, Panik oder dissoziativen Zuständen sind
74 solche Strafzahlungen unfair und stigmatisierend. Es braucht eine
75 rechtliche Regelung, die diese Praxis verbietet und therapeutische
76 Beziehungen nicht zusätzlich belastet.
- 77 15. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen im Rahmen des Bürgergeldes
78 einen Sonderbedarf für therapeutische und unterstützende Maßnahmen
79 erhalten. Dies schließt beispielsweise regelmäßige psychosoziale
80 Betreuung, Hilfsmittel, Fahrkosten zu Therapie- und Beratungsstellen sowie
81 andere notwendige Kosten ein, die aufgrund der psychischen Erkrankung
82 entstehen. Dies ist notwendig um die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben

- 83 überhaupt zu ermöglichen und nicht existentielle, finanzielle Probleme
84 auftreten und zusätzlich für Belastung sorgen.
- 85 16. Es braucht gezielte politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Ableismus in
86 der Gesellschaft, in der Politik und in den Institutionen. Die Stadt
87 Hamburg muss mehr Aufklärung leisten und eine diskriminierungsfreie
88 Haltung in allen öffentlichen Bereichen fördern. Öffentliche Stellen
89 müssen Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen, und
90 institutionelle Diskriminierung muss konsequent verfolgt und sanktioniert
91 werden. Sensibilisierungen und Anti-Ableismus-Schulungen sollen
92 verpflichtend werden, um Vorurteile und unbewusste Diskriminierungen
93 abzubauen.
- 94 17. Die Stadt Hamburg soll Maßnahmen zur Bekämpfung von Adulismus ergreifen,
95 um die Diskriminierung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu
96 verhindern. Jugendliche müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch
97 in der Politik, mehr Mitspracherechte erhalten. Es darf keine pauschale
98 Herabsetzung ihrer Meinung und Lebensrealität mehr geben. Stattdessen
99 müssen altersgerechte und respektvolle Teilhabeprozesse geschaffen werden,
100 die die Selbstbestimmung und die Bedürfnisse von jungen Menschen ernst
101 nehmen.
- 102 18. Die Bereitstellung finanzieller Mittel für Kriseninterventionsstellen und
103 Notfallpsychiatrien sollte erhöht werden, um eine schnelle, effektive
104 Hilfe in akuten psychischen Krisen zu gewährleisten. Dies könnte auch
105 erweiterte Hilfsangebote in Form von mobilen Krisenteams oder
106 Notrufdiensten für Menschen mit psychischen Erkrankungen umfassen.
- 107 19. Unternehmen und öffentliche Institutionen sollten gezielt dazu ermutigt
108 werden, Arbeitsplätze zu schaffen, die den Bedürfnissen von Menschen mit
109 psychischen Erkrankungen gerecht werden (z. B. flexible Arbeitszeiten,
110 Homeoffice-Möglichkeiten, reduzierte Arbeitsbelastung).
- 111 20. Die Stadt Hamburg soll die Forschung zu psychischen Erkrankungen und
112 Behinderungen verstärkt fördern. Dabei sollen neue Erkenntnisse zur
113 Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten und der Lebensqualität von
114 Betroffenen sowie zur Reduktion von Stigmatisierung und Diskriminierung
115 gewonnen werden. Aufklärung und Bildungsangebote zu diesen Themen sollen
116 ebenso ausgebaut werden, um eine langfristige Veränderung in der
117 gesellschaftlichen Wahrnehmung zu erreichen.
- 118 21. Der bürokratische Aufwand beim Beantragen von Bürgergeld und anderen
119 Sozialleistungen soll drastisch reduziert werden, insbesondere für
120 psychisch erkrankte Menschen. Lange Antragsprozesse, mehrfaches Einreichen
121 von Unterlagen und die ständige Notwendigkeit, die eigene Erkrankung
122 detailliert zu erklären, stellen eine große Belastung dar. Es soll ein
123 vereinfachtes Verfahren eingeführt werden, das den individuellen
124 Bedürfnissen von psychisch erkrankten Menschen gerecht wird und ihre
125 ohnehin schon schwierige Lebenssituation nicht noch zusätzlich erschwert.
- 126 22. Alle Informationen über soziale Leistungen, Rechte und
127 Unterstützungsangebote müssen barrierefrei zugänglich gemacht werden –

- 128 sowohl digital als auch in Papierform. Dazu gehören leichte Sprache,
129 Gebärdensprachdolmetscher, Übersetzungen in verschiedene Sprachen und
130 angepasste Kommunikationskanäle für Menschen mit psychischen
131 Beeinträchtigungen.
- 132 23. Die Zugänge zu medizinischen und therapeutischen Angeboten müssen
133 einfacher gestaltet werden. Dazu gehört, dass Menschen mit psychischen
134 Erkrankungen schneller Zugang zu wichtigen Behandlungen und Hilfsangeboten
135 haben, ohne langwierig auf Überweisungen oder Genehmigungen warten zu
136 müssen.
- 137 24. Psychische Erkrankungen müssen stärker in das allgemeine Gesundheitssystem
138 integriert werden. Das bedeutet, dass für alle Menschen der gleiche Zugang
139 zu psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungen garantiert wird
140 – ohne zusätzliche Stigmatisierung oder Verzögerung

141 Innerhalb der Grünen Jugend

- 142 1. Innerhalb der Grünen Jugend Hamburg soll eine gewählte oder benannte
143 Person dauerhaft für das Thema mentale Gesundheit zuständig sein. Diese
144 Person steht vertraulich als Ansprechpartner*in zur Verfügung, arbeitet
145 awarenessbasiert und entwickelt das Thema strukturell weiter.
- 146 2. Die Grüne Jugend Hamburg verpflichtet sich zur Ausarbeitung und Umsetzung
147 eines Verhaltenskodexes, der den Umgang miteinander regelt. Ziel ist ein
148 achtsames, diskriminierungssensibles, verständnisvolles und empowerndes
149 Miteinander – mit klaren Konsequenzen bei Fehlverhalten.
- 150 3. Bei allen GJH-Veranstaltungen muss ein Awareness-Konzept verpflichtend
151 gelten. Dazu gehören: Triggerwarnungen vor sensiblen Inhalten, klar
152 kommunizierte Rückzugsräume, Awareness-Teams sowie ein transparenter
153 Umgang mit diskriminierendem oder psychisch belastendem Verhalten.
- 154 4. Die Organisation bietet kontinuierlich Workshops zu Themen wie psychische
155 Gesundheit, Umgang mit Belastungen, Awareness-Arbeit, Erste Hilfe bei
156 psychischen Krisen und Selbstfürsorge an. Diese Angebote sollen allen
157 Mitgliedern offenstehen und möglichst niedrigschwellig sein.
- 158 5. Innerhalb der GJH wird ein verbindliches SafeWord eingeführt, das jede
159 Person nutzen kann, wenn ein Thema einen starken Triggerpunkt trifft oder
160 eine Situation emotional zu belastend ist. Bei Nennung dieses SafeWords
161 ist ohne Nachfrage oder Kommentar sofort das Thema zu wechseln bzw. das
162 Gespräch zu beenden.
- 163 6. Die Grüne Jugend Hamburg sollte ein Angebot zur psychologischen
164 Unterstützung für ihre Mitglieder schaffen. Insbesondere sollte es
165 niedrigschwellige und vertrauliche Beratungsangebote für Mitglieder geben,
166 die psychische Unterstützung benötigen. Hier könnte auch auf bestehende
167 Ressourcen und Partnerschaften mit Fachstellen zurückgegriffen werden.
- 168 7. Veranstaltungen, Treffen und Aktionen der Grünen Jugend Hamburg müssen
169 inklusiv und barrierearm gestaltet werden. Das schließt nicht nur

- 170 körperliche Barrieren ein, sondern auch die Schaffung von mentaler
171 Zugänglichkeit, wie z.B. Ruhepausen, die Möglichkeit zum Rückzug,
172 möglichkeit Digital teilzunehmen und die Bereitstellung von barrierefreien
173 Materialien (z. B. leicht verständliche Texte).
- 174 8. Die Grüne Jugend Hamburg sollte Diversität und Inklusion als zentrale
175 Anliegen in ihre politische Programmatik aufnehmen. Dabei muss besonders
176 der Bereich der psychischen Gesundheit und der Schutz vor Diskriminierung
177 aufgrund von psychischen Erkrankungen, Behinderungen oder marginalisierten
178 Identitäten gefördert werden.
- 179 9. Die Grüne Jugend Hamburg muss sicherstellen, dass alle internen
180 Kommunikationsmittel, von Einladungen zu Veranstaltungen bis hin zu
181 Protokollen, barrierearm zugänglich sind. Das umfasst leichte Sprache,
182 digitale Barrierefreiheit und die Bereitstellung von alternativen Formaten
183 für Menschen mit Behinderungen.

Begründung

erfolgt mündlich